



Sitzungsvorlage

Nr. 0359/2017

Bürgerdialog „Bruchsal wächst,,: Information über die Anregungen aus der Bevölkerung, Ergänzungen des Ortschaftsrates und Vorschläge der Verwaltung

Beratungsfolge	Datum	Status	Beratungszweck
Gemeinderat	28.11.2017	öffentlich	Beschlussfassung

Anlagen:

- 1 Tabelle Wuensche Ergänzungen Ortschaftsräte Verwaltungsvorschläge
- 2 Tabelle Wuensche kurzfristig_
- 3 Tabelle Wuensche mittelfristig_
- 4 Tabelle Wuensche langfristig_
- 5 Tabelle Wuensche keine Umsetzung_

Beschlussantrag

Der Gemeinderat nimmt die Anregungen der Bevölkerung mit den Schwerpunktthemen Wohnen, soziale Infrastruktur, Gesundheit, Natur/Umwelt, Mobilität, Verkehr, Lärm, Sauberkeit, Sicherheit und Kommunikation sowie die Ergänzungen der Ortschaftsräte und Umsetzungsvorschläge der Stadtverwaltung aus dem Bürgerdialog „Bruchsal wächst“ zur Kenntnis.

Er beauftragt die Verwaltung, die Anregungen in die Abwägung bei der Erstellung von Vorlagen für den Gemeinderat und bei der Weiterentwicklung der einzelnen Quartiere mit einfließen zu lassen.

I. Sachverhalt und Begründung

SACHSTAND: „Bruchsal wächst: Wohnen und Zusammenleben“ – unter diesem Titel veranstaltete die Stadt einen Bürgerdialog, an dem Bürgerinnen und Bürger aus allen Stadtteilen und Quartieren der Kernstadt teilnahmen. Im Rahmen der vier Bürgerwerkstätten beschäftigten sie sich als Fachexperten des jeweiligen Quartiers mit den Planungen der Stadt zur Wohnentwicklung und sozialen Infrastruktur. Insgesamt kamen dabei fast 200 Anregungen und Ideen zusammen. Über diese Rückmeldungen wurde der Gemeinderat bereits in seiner Sitzung im September informiert.

Zwischenzeitlich hat die Stadtverwaltung alle Anliegen geordnet und auf deren Umsetzbarkeit hin untersucht. Über die Anregungen und Vorschläge zur Umsetzung wurden die Ortschaftsräte informiert und konnten jeweils bezogen auf den eigenen Stadtteil ergänzende Hinweise geben.

Bei den einzelnen Anregungen handelt es sich um Rückmeldungen, welche sich auf alle Aspekte des Zusammenlebens beziehen. In ihrer Summe lassen sich nachfolgende wichtige allgemeine Feststellungen ableiten:

- Die im Wohnentwicklungskonzept vorgeschlagenen Wohnbaustandorte wurden im Wesentlichen von den Bürgern/innen zur Umsetzung bestätigt. Eine Ausnahme stellt der weiterhin auf große Ablehnung stoßende Standort „Fuchsloch“ dar.
- Die Anregungen geben Feedback zu konkreten Planungen und stellen darüber hinaus eine interessante Ideensammlung zur jeweiligen Quartiersentwicklung dar. In ihrer Summe können und sollten sie der Verwaltung als Prüfinstrument für die laufende Verwaltungsarbeit dienen.
- Die Anregungen beziehen sich oft auf Angelegenheiten, welche die Stadtverwaltung nicht direkt umsetzen kann. Damit wird einmal mehr deutlich, dass Bürgerinnen und Bürger die Stadt in der Verantwortung für alle Bereich des Lebens sieht, auch wenn die originären Zuständigkeiten bei anderen Behörden bzw. Gremien oder Privatpersonen liegen.
- Ebenso sind viele Anregungen prinzipiell umsetzbar, ziehen jedoch größere finanzielle oder personelle Konsequenzen nach sich. Die Entscheidung über Priorität und Umsetzung muss deshalb der Gemeinderat treffen.
- Die Ortschaftsräte bestätigen in einigen Punkten den von Bürger/-innen geäußerten Bedarf und verweisen auf bereits selbst gestellte Anträge.
- Die Anregungen bestätigen die Arbeit des Gemeinderates, der einen Großteil der Themen bereits aufgegriffen hat.
- Schlussendlich ergeben sich bei der Sortierung der Anliegen ganz klare Schwerpunktthemen, die allen Bürgerinnen und Bürgern Bruchsals – unabhängig vom Quartier – am Herzen liegen. Diese sind:

Wohnen:	Wohnraum schaffen – für unterschiedliche Zielgruppen Leerstand und Baulücken beseitigen
Soziale Infrastruktur:	Orte der Begegnung schaffen (öffentlich / kommerziell) Grundversorgung vor Ort sicher stellen
Gesundheit:	öffentliche Bewegungsangebote
Natur/Umwelt:	Wasserstellen zugänglich machen mehr und attraktivere Grünflächen
Mobilität:	ÖPNV/Max-Angebot ausweiten (abends / Wochenende) Alternativen ausbauen (Radverkehr / E-Carsharing)
Verkehr:	Geschwindigkeitsbeschränkungen / Kontrollen Parkmöglichkeiten
Lärm:	Schutz vor Lärm durch Bundesstraßen / Bahn
Sauberkeit:	mehr Mülleimer, mehr Leerungen
Sicherheit:	mehr Beleuchtung auf Wegen
Kommunikation:	schnelles Internet Kommunikationsplattformen für mehr Miteinander Transparenz bezüglich Verwaltungshandeln und –abläufe

Die Stadtverwaltung sieht es als wenig effizient an, sämtliche 200 vorgebrachten Anregungen einzeln zu entscheiden. Stattdessen wurden die Umsetzungsvorschläge in vier zeitliche Kategorien unterteilt, über welche der Gemeinderat im „Paket“ entscheiden kann.

Die Kategorien sind:

- Maßnahmen, die bereits umgesetzt sind oder kurzfristig umgesetzt werden können
- Maßnahmen, die mittelfristig umgesetzt werden können
- Maßnahmen, die langfristig umgesetzt werden können
- Maßnahmen, die nicht umgesetzt werden bzw. die einen Handeln anderer Personen oder Gremien erfordern, z.B. auch Entscheidung durch den Gemeinderat in Bezug auf Finanzen und/oder Personal

Auf die oben genannten „Schwerpunktthemen“ sollte ein besonderes Augenmerk gerichtet werden. Die Umsetzung erfolgt zum einen durch bereits vorhandene Konzepte (z.B. Lärmaktionsplan, Radverkehrsplan). Sofern noch keine Konzepte bestehen, könnten diese von der Verwaltung entwickelt und dem Gemeinderat erneut zur Entscheidung vorgelegt werden.

AUSBLICK: Nach der Entscheidung des Gemeinderates über die Umsetzung der Anregungen wird die Stadtverwaltung am 7. Dezember eine Abschlussveranstaltung des Bürgerdialogs „Bruchsal wächst“ durchführen. Dort werden die Ergebnisse des Prozesses noch einmal vorgestellt. Die Einladung der Öffentlichkeit erfolgt über das Amtsblatt. Die Teilnehmenden der Bürgerwerkstätten erhalten eine separate Einladung.

Über den gesamten Beteiligungsprozesses wird eine Dokumentation gefertigt.

II. Nachhaltigkeit und finanzielle Auswirkungen

Der Prozess hat sich aus Sicht der Verwaltung gelohnt, da man nicht nur der Verpflichtung nachgekommen ist, Einwohner zu wichtigen Gemeindeangelegenheiten im Sinne des § 20a GemO zu hören, sondern auch den mehrfach geäußerten Wunsch aus der Bevölkerung aufgegriffen hat, Bürger/innen im Vorfeld von zukunftssträchtigen Entscheidungen zu beteiligen. Entscheidungen der kommunalen Gremien und der Verwaltung, welche auf Bürgerbeteiligungen basieren, werden innerhalb der Bevölkerung besser akzeptiert. Ebenso wird das Vertrauen der Bevölkerung in die Entscheidungsträger gestärkt. Dies führt zu nachhaltigeren Lösungen und Entscheidungen.

Der Gesamtprozess war mit Kosten in Höhe von ca. 60.000 Euro verbunden (inklusive innere Verrechnungen und Mieten).

Es ist folgende Produktgruppe betroffen:
1111

Cornelia Petzold-Schick
Oberbürgermeisterin